

Halleische Zeitung

vorm. im G. Schwelke'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

Insertionsgebühren für die fünfgepaltene Seite oder deren Raum für Halle u. Bez. Reg. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf.

Nummer 18.

Halle, Sonnabend, 22 Januar 1887.

179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 21. Januar Vormittags.)

Zur Ersten Ausgabe gehört als Beilage der illustrierte Roman von Dito Mar Veta „Im Weirande“ S. 77-80.

Halle, den 21. Januar.

Das Wenn und Aber der Parteiverhältnisse in Halle.

Die Hauptfrage bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ist die, einem Kandidaten die Majorität zu verschaffen, der die Forderungen der Regierung hinsichtlich der Armee bedingungslos auf 7 Jahre zu bewilligen sich verpflichtet.

Ein solcher Kandidat kann der Natur der Sache nach kein Sozialdemokrat und schwerlich ein ausgeprägter Freisinniger sein.

Er ist mithin auf Seiten der Conservativen und National-Liberalen, resp. Liberalen, d. h. eines Mittelmittels zwischen National-Liberalismus und Freisinn, das sich mangels einer Sezessionspartei diesmal dem ersten annehmlichen dürfte, zu suchen.

Aus diesen Parteien haben sich bereits über 10000 Stimmen in einer wichtigen Petition an den Reichstag für die Militärvorlage ausgesprochen. Es ist ziemlich sicher, daß die Mehrheit der Unterzeichner aus den Reihen der Conservativen und National-Liberalen stammt. Freisinnige Liberale sind nur in verschwindend geringer Zahl vertreten.

Ein Kandidat der vereinigten Conservativen und National-Liberalen würde also in der Stadt Halle ohne jeden Zweifel die Majorität haben. Auch die Handwerker würden diesmal sich ihm zuwenden. In dem ansehnlichsten überwiegend conservativen Bezirke ist ihm die Mehrheit vorzuziehen.

Ein conservativ-nationalliberaler Kompromiß-Kandidat hat also die Gesamt-Majorität der Wähler für sich. Er würde, den Verhältnissen, wie sie einmal sind, angemessen, an dem gemäßigten National-Liberalen genommen werden. Denn diese sind sich dem, den Ausschlag zu geben.

Gesetzt nun den nicht unmöglichen, aber im höchsten Grade unwahrscheinlichen Fall, daß die National-Liberalen für einen Mann sich entscheiden, der aus der Kluft zwischen ihnen und dem Freisinn genommen ist, der zwar nicht entscheiden freisinnig wäre, sogar sich verpflichtete, für die siebenjährige Bewilligung der Militärvorlage zu stimmen, vielleicht gar auf Seiten der National-Liberalen Platz nähme, mit seinen sonstigen Sympathien aber doch zum Freisinn neigte, wie liegt die Sache dann?

Die Conservativen können für einen solchen Mann nicht eintreten. Er würde freisinnig gefaßt sein und die Stimmen der Sozialdemokraten auf sich vereinigen. Denn diese haben bei der in diesem Fall zweifellos stattfindenden Stichwahl strenge Odre, mit den vereinigten Liberalen, resp. freisinnig Beeinflussten gegen die gemäßigteren Parteien vorzugehen.

Solch ein Kandidat würde in Halle selbst wahrscheinlich, indes — bei den überwiegend conservativen Unterzählungen unter der Militärpetition — nicht unbedingte Mehrheit erzielen; auf dem Lande befindet er sich aber entschieden in der Minorität.

Was hätten die National-Liberalen nun von einem Kartell mit dem offenen oder verdeckten Freisinn?

Erstens bringen sie sich möglichstfalls in die Minorität.

Zweitens lenken sie den schwerwiegenden Vorwurf auf sich, das Berliner Kartell der drei regierungsfreundlichen Parteien gebrochen zu haben, ein Bündnis, das so hochberedete Männer wie Bennigsen und Meißner gutgeheißen und freudig begrüßt haben als einen Wende- und Lichtpunkt in den Parteiverhältnissen des Vaterlandes. Die Halleischen National-Liberalen würden dem ganzen Lande ein doch wenn möglich lieber zu vermeidendes, die Parteiverhältnisse schädigendes Beispiel geben.

Drittens heften sie die Sozialdemokraten an ihre Fersen. Und das ist eine Thatfache, deren Konsequenzen ganz unerschöpflich sind! Noch nie und nirgends haben national-liberale Männer ihr Mandat der Huld der extremsten Gegner aller staatlichen und kaiserlichen Ordnung verkannt! Gerade der Stütz der National-Liberalen strahlt in dieser Beziehung rein und heilend! Wollen gerade die Halleischen Parteigenossen zuerst diesen Wandel auf sich laden? Ein national-liberaler Mandat aus den Händen der grimmigsten Gegner jeder bestehenden Ordnung — oder die National-Liberalen in Reich und Thiel mit ihnen: das ist ein so folgerichtiges Wiberpruch, welcher der Wehrzahl der ehrenwerthen National-Liberalen gewiß nicht leicht eingehen wird.

Ist denn aber ein konservativ-nationalliberaler Kompromißkandidat auf etwas anderes verpflichtet als das Septennat? Nein! Er kann in den anderen Fragen sich seiner Partei anschließen. Alle Nebenken fallen also im vorliegenden Falle weg.

Wirdig ertragener Vortheil und wahrhaft makellose Ehre ist demnach für die Halleischen National-Liberalen nicht bei einem Wandel zu finden, das sie der Güte der Sozialdemokraten, der Feinde des Reiches und des Reichs, verbanten, sondern bei dem, welches sie durch ein von ihnen selbst früher begünstigtes Bündnis mit den ihnen so vielfach nahestehenden konservativen Parteien erlangen können.

Die Wahl sollte hier jedem Patrioten leicht werden!

Am heutigen Tage soll, wie wir hören, eine Generalversammlung der National-Liberalen zur definitiven Beschlußfassung stattfinden. Wir können dem Gedanken nicht Raum geben, daß sich an den Namen der Stadt Halle jene Vorwürfe knüpfen sollen, die wir oben darlegten; daß man irren werde soll an Bundesgenossen, die in den heißen Debatten des Reichstags so treu und entschieden mit uns gegangen sind zur Ehre des Reiches und Reiches! Unnatürliche Bündnisse haben sich auch im politischen Leben stets gerächt.

Politische Mittheilungen.

Es bringen jetzt einzelne Nachrichten in die Öffentlichkeit, welche es sehr zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Reichstagsmehrheit in allen ihren Mitgliedern das nächste Mal an ihrem „Prinzip“ gegenüber dem Septennat festhalten wird, ja ob sie es schon bei den jüngsten Verhandlungen gethan haben würde, wenn es zu einer dritten Lesung gekommen wäre. Von einigen ultramontanen Abgeordneten (es werden die schlesischen Grafen Stradow, Wendt von Donnermark und Kayhauf genannt) wird berichtet, sie maderten aus ihrer abweichenden Gesinnung in dieser Frage gar kein Hehl und würden ihren Wählern offen erklären, das nächste Mal für das Septennat stimmen zu wollen. Auch noch von anderen Centrumsmitgliedern werden derartige Äußerungen berichtet. Was man darf nicht gelpannt sein, ob diese Herren wegen Unbuthigkeit gegen Herrn Windthorst fallen gelassen werden oder ob es ihnen gestattet wird, im nächsten Reichstag die Spaltung im Centrum zum öffentlichen Ausdruck zu bringen. Vielleicht noch interessanter ist ein Vorgang, der von einer Wählerversammlung in Wien berichtet wird. Dort hat nach dem „Wiener Stadtblatt“ der deutschfreisinnige Reichstagsabgeordnete Schmieber erklärt, er bedauere, daß die Auflösung des Reichstags schon bei der zweiten Lesung erfolgt sei, seine Partei hätte bei der dritten Lesung der Regierung fünf Jahre anbieten wollen. „Ja“, fährt das genannte Blatt fort, „wenn unser Referent den Redner recht verstanden, so lägen es ihm, als wollte derselbe documentiren, daß schließlich auch noch die geforderten sieben Jahre bewilligt worden wären.“ Wo bleibt da das deutschfreisinnige Programm? Wenn diese Angabe richtig ist, so würde sie beweisen, daß auch in entscheidenden liberalen Wählerkreisen mit dem starren Festhalten an der Ablehnung des Septennats keine Geschwäfte mehr zu machen sind, so wenig wie bei einem Theil der clericalen Wähler. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der neue Reichstag, auch wenn er sich in seiner Parteizusammensetzung nicht allzufern von dem jüngsten unterscheiden sollte, das Militärerges annimmt, wie es vorliegt. Es wird noch mancher aus den Oppositionsparteien, die sich jetzt noch so stolz in die Brust werfen, „über den Stolz springen.“

Der Kaiser besuchte vorgestern Abend die Vorstellung im Opernhause. Nach dem Schluß derselben fand im kaiserl. Pala. eine kleinere Fergesellschaft statt, zu welcher auch Prinz Albrecht und der Statthalter Fürst Hohenlohe geladen waren. Gestern Vormittag arbeitete der Kaiser nach dem Vortrage des Grafen von Perponcher längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts. In 2 Uhr Nachmittags empfing der Kaiser das Präsidium und eine Deputation des Herrenhauses, welche die von demselben beschlossene Adresse überreichten. Darauf unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt, nach deren Beendigung er eine Konferenz mit dem Staatssekretär Grafen Herbst Bismard hatte.

Die Kaiserin wohnte vorgestern Abend einer Sitzung der Delegation des Vaterländischen Frauenvereins im königlichen Palais bei.

Nicht etwa 60 Mitglieder des Herrenhauses, wie die „Germ.“ gefaßt hatte, sondern 106 haben die Adresse an den König unterzeichnet. Von den Unterzeichnern sind 16 Katholiken, unter ihnen der General a la suite des Kaisers Fürst Anton Rodjanzki, der Oberst-Marschall Salm-Reifferscheid Dynp und der Ober-Hofmeister der Kaiserin Graf H. Streltsoff.

Gegenüber einer tendenziösen Mittermeldung, wonach der Bundesrathbeschlus betriffend der Reichstagsauflösung trotz vorheriger warnender Bedenken des Vertreters eines süddeutschen Staates gefaßt worden sei, ist zu konstatiren, daß der fragliche Beschlus des Bundesraths mit Stimmeneinheit gefaßt worden ist.

Die Budgetberatung im Abgeordnetenhaus. Nach einem Uebereinkommen unter den Parteien des Abgeordnetenhauses werden vom Etat folgende Theile der Budget-Kommission überwiefen werden: Das ganze Extrordinarium; Erlöse der Einnahmen aus der Domainen- und Forstverwaltung; die Eats der direkten und indirekten Steuern, der Einnahmeverwaltung, der zum ersten Male vorkommende Etat der Anstaltungskommission für Preußen und Polen; die Eats der Auswärtigen Angelegenheiten und der Geschäftsbewaltung, der gekannte Etat des Kultusministeriums, der größte Theil vom Ministerium des Innern, darunter die Polizeiverwaltung von Berlin und die Land-Verwaltung, vom Handelsministerium die Handels- und Gewerbeverwaltung, die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Polen, die Eats für Erhaltung gewerblicher Reichenschulen und des Instituts für Glasmaierei.

Die eben erschiene Fraktionsliste des Abgeordnetenhauses weist folgende Stärke der einzelnen Fraktionen nach: Conservative 129, Centrum 97 und 3 Populanten (Brühl, Grote, Stephanus), National-Liberale 67, Freiconervative 64, Deutschfreisinnige 41, Polen 14, Wibe 14.

Dem sichersten Vernehmen nach sind die Gerichte, monach der bayerische Prinz-Regent gerathe, eine Wahlfproklamation zu erlassen, unrichtig.

Die oppositionellen Parteien scheinen, nach ihrer Presse zu urtheilen, vor Begierde zu brennen, die im Reichstag abgebrochenen Auseinandersetzungen über das Militärerges im Abgeordnetenhaus zu erneuern. Da eine Abredebatte nicht in Aussicht steht, wird ihnen vielleicht die erste Etatsberatung Gelegenheit zur Befriedigung ihrer Wünsche bieten. Auf conservativer und national-liberaler Seite wird man aus einer Erneuerung des parlamentarischen Kampfes gewiß nicht aus dem Wege gehen.

Der „Moniteur de Rom“ bringt anlässlich des kirchenpolitischen Abchnittes der Landtags-Thorrede einen höchst befriedigenden und hoffnungsvollen Artikel. „Wenn“ — so schließt das vatikanische Blatt — „der künftige Gesammtauf vollständig diesen Erklärungen entspricht, was wir zu glauben Grund haben, so wird der Friede bald hergestellt sein.“

Die „B. B. R.“ hören aus Nürnberg, daß die Wahlfagitation seitens der Sozialdemokraten dort bereits mit großem Eifer betrieben wird. Die Thatfache, daß die zu bearbeitende Masse den politischen Verhältnissen verständnißlos gegenübersteht, macht den Führern der Sozialdemokratie die Arbeit leicht. Sie beschwindeln die Wähler durch die größten Lügen. So wird u. A., wie man uns berichtet, in Nürnberg verbreitet, das Septennat habe die Bedeutung, daß fortan der Soldat ununterbrochen 7 Jahre dienen sollte. Der Reichstag habe eine dreijährige Dienstzeit ausgeben müssen; damit sei aber Fürst Bismard nicht zufrieden; er wolle jeden 7 Jahre ganz behalten. Man sieht, die Sozialdemokraten haben in der Gemeinschaft mit ihren politischen Bundesgenossen profitirt.

Frantzösische Humanität. Wir brachten neulich die Nachricht, daß die frantzösische Regierung allen Schwefeläther in Deutschland aufkaufte. Zur Vervollständigung dieser Kozig können wir heute mittheilen, daß Frankreich auch enorme Quantitäten Vicrinäure in Deutschland kauft. Vestgenannter Stoff ist ebenso wie Schwefeläther zur Fabrication des Sprengstoffs Melinit erforderlich. Deutsche Fabriken haben Aufträge für 20000 Kilo Vicrinäure von Mont erhalten. Die Preise sind frantzösische Mark und bestimmt worden. In Wirklichkeit aber gehen die Lieferungen via Köln nach Frankreich. Es wird uns frantzösische, daß Verwaltungen durch Geschäfte, welche mit Vicrin gefüllt sind, Unterergisungen nach sich ziehen. Wir geben letztere Mittheilung ohne Gewähr wieder.

Wir philologisch-antiquarischen Leserfreunden bemühte sich die „Germania“, die von Bischof von Mainz bis hergebrachte „Verhandlungen von dem Cardinal-Staatssekretär Jacobini ausgebrochene päpstliche Genugthuung abzuschwächen. Die „Germania“ verütheilt den lateinischen Text des Briefes so zu bewein, daß sich das Lob des Anbina s. e. t. auf ein zufälliges Behalten des keltischen Kroy beschränke. Mancher bringt das anerkannte Organ des Vatians, der „Moniteur de Rome“, über den Inhalt jenes Briefes eine Deu sich, welche schließt: Le lettre approuve tout ce que Mgr. Kopp a fait pour le bien de l'Église, d. h. ne für die „Germania“ besüubers bemerkt sei — Das Schreiben hitzig Alles, was Bischof Kopp zum Wohl der Kirche gethan hat.“

Auch der „Nordd. Allg. Zig.“ wird die Nachricht von bedeutenden Holzaukäufen seitens der Franzosen unter Beibringung weiterer Einzelangaben beiläufig, wozu das genannte Blatt bemerkt, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich an der Grenze größerer Truppenmassen zusammenzieht, als in den Festungen und Garnisonen dafelbst untergebracht werden können.

Die angestellten Erhebungen über die Pferde-Ausfuhr scheinen einen Zustand ergeben zu haben, der dazu nöthigt, in aller nächster Zeit ein Ausfuhrverbot zu erlassen.

Frantzösisch. Der Ministerrath beschloß, die vom Finanzminister Dauphin gemachte Budgetvorlage aufrecht zu erhalten.

In Paris gährt und brodel es wieder wie fast stets, wenn die Kammern bestimmen sind. Das Budget besonders bringt alle Fragen auf die Oberfläche, durch welche die Leidenschaften empfindet, die Parteien entwirrt und die Regierungen in Gefahr gebracht werden zu saen. Besonders heiß entbrennt der Kampf um die vom Kriegsminister geforderte außerordentliche Bewilligung von 86 Millionen Francs. Ueberrisige Freunde Boulangers sahren ihr schweres Geschick auf, um auf die Kammer einen Druck zu üben; Rochefort spricht, als hinge es nur von ihm ab, Paris heute oder morgen in die Revolution zu stürzen. Vorkäufig spielen sich die Kämpfe noch in der Presse und im Ausschusse ab; sie zeigen aber schon, was demnachst in den Sitzungen der Kammer zu erwarten ist.

Wroßbritannien. Zur Lage in Europa. Der „Globe“ sagt in einer Besprechung der polit. Ausfichten im Auslande, die Besuche der bulgarischen Delegation in den europaischen Hauptstädten hätten denselben





